



## Verbündete beim Libyen-Einsatz entlasten

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Resolution der Vereinten Nationen enthält darüber hinaus eine erneute Verschärfung der internationalen Sanktionen. Diese gilt es jetzt umzusetzen. Die politischen Ziele, die die Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 verbinden, teilt die CDU/CSU ausdrücklich. Allerdings wird sich Deutschland nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen und hat sich daher im Sicherheitsrat enthalten. Wir wollen aber der NATO zusätzliche Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan anbieten. Dies geschieht auch mit dem Ziel, die Verbündeten für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten.

Am Montag verschärften die EU-Außenminister noch einmal die europäischen Sanktionen gegen das Regime. Die EU beschloß schließlich eine dritte Runde von Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime. Die Außenminister der Union setzten elf Personen zusätzlich auf die Liste jener libyschen Führungsmitglieder, die nicht in die EU einreisen dürfen. Zudem werden deren Konten in der EU eingefroren. Sechs weitere libysche Firmen und drei libysche Banken werden mit EU-Sanktionen belegt.

Die Sanktionen gehen noch über die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats hinaus. Aus deutscher Sicht besteht aber weiter Handlungsbedarf. Deutschland setzt sich für ein vollständiges Ölembargo ein.

Für humanitäre Hilfe stellt die Bundesregierung allein fünf Millionen Euro bereit.

Am Mittwoch hat der Bundestag dazu in erster Lesung ein Mandat für den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan beraten, das bereits am Freitag zur Abstimmung gestellt werden soll. Mit dem Mandat wird die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Die Bundesregierung bleibt dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Der Einsatz von NATO-AWACS im afghanischen Luftraum umfasst das folgende Aufgabenspektrum: Erstellung eines umfassenden Luflagebildes, Entflechtung von Luftverkehrsbewegungen, einschließlich der Koordinierung des militärischen Luftverkehrs im afghanischen Luftraum unter Berücksichtigung der zivilen Luftraumnutzer, Unterstützung bei der Durchführung von Operationen der ISAF Bodentruppen, Koordinierung von Luftbetankung und luftgestützte Relaisfunktion für den Kommunikations- und Datenaustausch aller militärischen Luftraumnutzer. Die Wahrnehmung der Aufgaben durch NATOAWACS ist auf Afghanistan begrenzt. Die NATO-AWACS verfügen weder über die Fähigkeit zur Bodenaufklärung, noch haben sie eine Feuerleitfähigkeit für Luft-Bodeneinsätze.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



in der letzten Woche hat die Bundesregierung in Folge der Ereignisse in Japan die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke ausgesetzt und somit auch die sieben ältesten Atomkraftwerke vom Netz genommen. Sie hat eine Sicherheitsüberprüfung für alle Kernkraftwerke in Deutschland angeordnet.

Im Rahmen dieser Überprüfung soll sich die Reaktorsicherheitskommission um die technischen Aspekte kümmern: Hier werden z.B. die Folgen nebeneinander stattfindender Ereignisse und die Begrenzung der Auslegung der AKWs in den Blick genommen. Zudem werden auch mögliche zivilisatorische Ereignisse, so z.B. Hackerangriffe auf die Rechenanlagen, in ihrer Auswirkung auf die Reaktorsicherheit geprüft.

Ganz wichtig ist uns aber auch der gesellschaftliche Konsens zur Bewertung und Einordnung von Risiken. Hierzu hat unsere Bundeskanzlerin eine Ethikkommission für sichere Energieversorgung eingesetzt, der Persönlichkeiten u.a. aus dem kirchlichen Bereich, aus der Risikoforschung, aus dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung, der Umweltpolitik, der Philosophie angehören. Die Arbeit dieser Kommission richtet sich auf den schnellen Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien, z.B. die Frage, wie Versorgungssicherheit bei einem schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie hergestellt und dabei vermieden werden kann, dass durch den Import von Kernenergie aus anderen Staaten neue, vielleicht höher zu bewertende Risiken eingegangen werden.

Die Bundesregierung wird mit allen Ministerpräsidenten Mitte April über einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energie und der Stromnetze sowie Energieeffizienz diskutieren. Auch im europäischen und im G20-Bereich werden die Sicherheitsstandards nochmal gezielt ins Auge gefasst. Wir befinden uns auf einem guten Weg, die Energieversorgung in Deutschland nachhaltig und sicher zu gestalten.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters  
Ihr

Reinhold Sendker MdB



## Analyse illegaler Drogen ist und bleibt zu Recht verboten

„Drugchecking“ spiegelt vermeintliche Sicherheit vor

**Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag mit dem Titel „Gesundheitliche Risiken des Drogengebrauchs verringern - Drugchecking ermöglichen“ eingebracht. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn:**

„Das sogenannte Drugchecking - die regelmäßige Analyse illegaler psychoaktiver Substanzen auf ungewöhnlich hohe Wirkstoffdosierungen oder Verunreinigungen (etwa giftige Streckmittel) - ist und bleibt zu Recht verboten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warnt vor einer Aufweichung der Betäubungsmittelvorschriften, wie die Grünen sie in ihrem Antrag verlangen. Eine solche Aufweichung würde dazu führen, dass der Konsum illegaler psychoaktiver Substanzen verharmlost wird.

Wir werden kein Modellprojekt unterstützen, das die Grenzen der Legalität weit überschreitet. Wir lehnen alle Maßnahmen mit dem Potenzial zur unmittelbaren und aktiven Förderung des Drogenkonsums ab.

„Drugchecking“ spiegelt eine - vermeintliche - Sicherheit vor. Durch ein negatives Testergebnis kann der falsche Eindruck entstehen, ein unbedenkliches und von offizieller Stelle geprüfetes Produkt erworben zu haben.

Ein solches Testergebnis könnte vor allem von Jugendlichen als Aufmunterung zum Drogenkonsum verstanden werden. Der effektivste Schutz vor illegalen Substanzen besteht darin, den Konsum dieser Substanzen konsequent zu unterlassen. Bei illegalen Drogen handelt es sich eben nicht um standardisierte und in einem kontrollierten Verfahren hergestellte Produkte. Ein negatives Testergebnis für eine Tablette sagt auch nichts über andere Einheiten gleichen Aussehens aus.“

## Steuervereinfachungsgesetz 2011

Der Entwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011 enthält Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, aber auch der Steuerverwaltung, von Erklärungs- und Prüfungsaufwand im Besteuerungsverfahren. Außerdem soll durch ein Mehr an Vorhersehbarkeit und Planungssicherheit im Besteuerungsverfahren die Steuerpraxis für alle Beteiligten vereinfacht werden und gezielt überflüssige Bürokratie abgebaut werden.

Neben der Anhebung des jährlichen Arbeitnehmer-Pauschbetrags enthält der Gesetzesentwurf insbesondere die nachfolgenden Maßnahmen:

- Verzicht auf die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen der Eltern bei der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, §§ 9c, 10 Einkommenssteuergesetz (EStG)
- Eröffnung der Möglichkeit zur gleichzeitigen Abgabe von Einkommensteuererklärungen für zwei Jahre, § 25a EStG
- Wegfall der Einkünfte- und Bezügelgrenze für volljährige Kinder beim Familienleistungsausgleich, § 32 EStG
- Erleichterungen bei der elektronischen Rechnungsstellung, § 14 Umsatzsteuergesetz (UStG)
- Elektronische Abgabe der Erklärung zur Zerlegung der Körperschaftsteuer, § 6 Absatz 7 Zerlegungsgesetz.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2011  
24. März 2011

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email: [fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck

[www.cdu-landesgruppe-nrw.de](http://www.cdu-landesgruppe-nrw.de)